

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug · Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto · Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend · Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreißendstr. 5

69. Jahrgang

Berlin, den 21. Januar 1931

Nummer 6

Die Erneuerungsfrist für den Postbezug des „Korrespondent“ läuft bis 25. jeden Monats.

Monatlicher Bezugspreis 1 RM. Bestellgebühr 12 Pf. 20 Pf. Postzuschlag für alle nach dem 25. eines Monats ausgegebene Bestellungen.

Preis und Lohn im deutschen Buchdruckgewerbe

Zur Abwehr irreführender Behauptungen von offizieller Prinzipalsseite über Lohn- und Preissteigerungen im deutschen Buchdruckgewerbe halten wir in Nr. 101 vom 17. Dezember v. J. einwandfrei und deutlich nachgewiesen, daß gegenüber der Vorkriegszeit die Steigerung des Druckpreisetarifs im Vergleich zu jener des Lohn tariffs nach dem heiderseitigen jetzigen Stand um 130 Proz. größer ist als die des Lohn tariffs. Zu dieser Feststellung, die in Wirklichkeit für einen erheblichen Teil von Erzeugnissen des Buchdruckgewerbes noch wesentlich unter den tatsächlichen Verhältnissen bleibt, waren wir gezwungen infolge Veröffentlichung einer Kurventafel in der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker und verwandte Gewerbe“ (Nr. 99 vom 12. Dezember v. J.), in der ein um 21,5 Proz. unter dem Tarifstand der Friedensezeit liegender Lohnstand (1. Juni 1924) zum Ausgangspunkt für Lohn und Preis genommen und beide Faktoren gleich 100 gesetzt wurde.

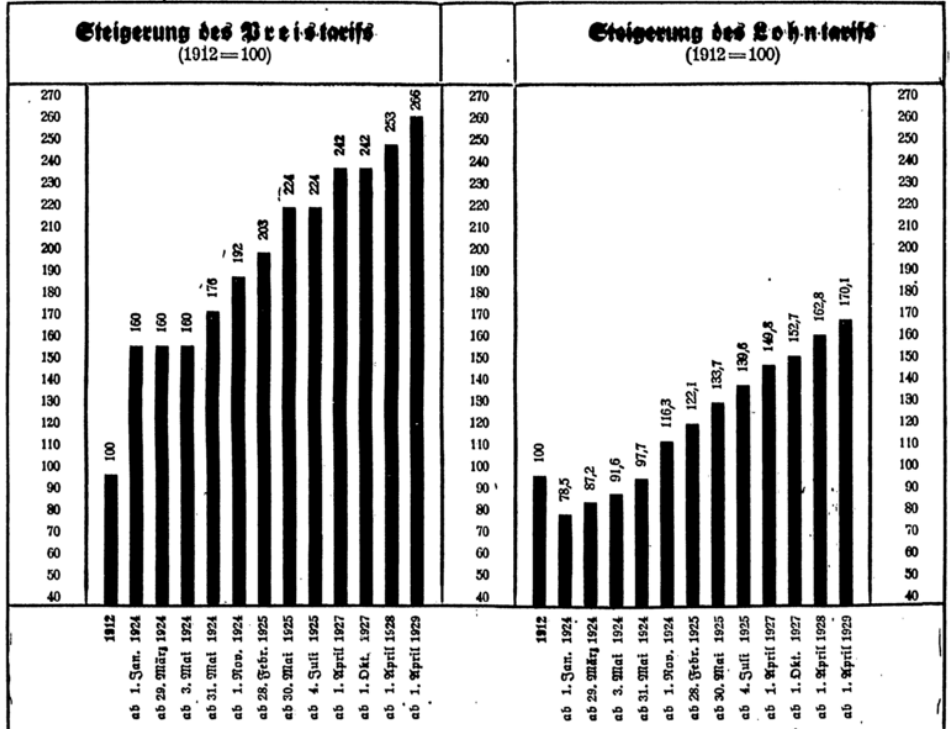
Im einzelnen haben wir damals den diesbezüglichen Nachweis ziffernmäßig durch folgende Tabelle erbracht:

Lohn- und Preissteigerungen im Buchdruckgewerbe im Vergleich zur Vorkriegszeit (1912 = 100)

Tariflicher Spitzenlohn		Verhältnis zur Vorkriegszeit*	Stand des Preisetarifs im Vergleich zur Vorkriegszeit*
ab	Mark		
1912	34,38	100,0	100
1. Januar 1924	27,00	78,5	160
29. März 1924	30,00	87,2	160
3. Mai 1924	31,50	91,6	180
31. Mai 1924	33,60	97,7	176
1. November 1924	40,00	116,3	192
28. Februar 1925	42,00	122,1	203
30. Mai 1925	46,00	133,7	224
4. Juli 1925	48,00	139,6	224
1. April 1927	51,50	149,8	242
1. Oktober 1927	52,50	152,7	242
1. April 1928	56,00	162,8	253
1. April 1929	58,50	170,1	266

* Berechnet nach den dem jeweiligen Druckpreisetarif zugrunde liegenden Satz- und Druckarbeiten und deren Einzelpositionen sowie den von der „Zeitschrift“ registrierten prozentualen Erhöhungen im Vergleich zu den Preisetarifpositionen von 1912.

Dieser tabellarische Nachweis enthält in den beiden ersten Ziffernspalten lediglich die jeweils tarifrechtlich festgelegten Spitzenlöhne und deren mathematisches Verhältnis zum Vorkriegslohn, während die Ziffern der dritten Spalte durch die Sternnote begründet sind und auch von Prinzipalsseite nicht bestritten werden können. Um die in Frage kommenden Verhältnisse auch für den weniger aufmerksamen Leser deutlich zu machen, haben wir dann noch nebenstehende graphische Darstellung, die hier nur dem zeitgemäßen Thema entsprechend durch Voranstellung des Preisetarifs eine Umstellung erfahren hat, beigefügt. Aus nachstehenden gewerbspolitischen Grün-



den wollen wir auch jetzt noch nicht auf weitere Einzelheiten des Druckpreisetarifs eingehen, sondern nur soviel sagen, daß wir Nörglern auf Prinzipalsseite empfehlen möchten, dieses heiße Eisen nicht anzufassen; sie würden sich nämlich nicht nur die Finger verbrennen. Denn wenn auch die gewerbetüblichen Konkurrenzverhältnisse diesen preispolitischen Spiegel teilweise verzerrt wirken lassen, so doch in der Regel dort am wenigsten, wo eine gewisse Rücksicht auf allgemeine Interessen gerechtfertigt wäre; was nötigenfalls öffentlich wie an maßgebenden Stellen leicht zu beweisen wäre. Wir haben auch gar keine Ursache, zu verschweigen, daß die heutige übertarifliche Entlohnung um einige Prozent höher als in der Vorkriegszeit ist. Da jedoch z. B. der heutige Maschinensetzerzuschlag um 20 Proz. geringer und die Kaufkraft des Geldes in Wirklichkeit um weit mehr als die Hälfte schwächer als vor dem Kriege ist, dürfte diese Seite der Lohnentwicklung kaum wesentlich ins Gewicht fallen, zumal gerade die übertarifliche Entlohnung im Preisetarif eine den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Entfaltung erfahren hat.

Wenn wir trotzdem an die hier deutlich nachgewiesene Preisentwicklung in unserem Gewerbe keine besonders kritische Sonde anlegen, so in der Hauptsache deshalb, weil wir aus rein sachlichen Gründen der gegenwärtigen Preisabbauphase besonders begünstigt der v e r a r b e i t e n d e n Industrie und der dazu gehörigen Gewerbe im allgemeinen sehr mißtrauisch gegenüberstehen. Wir sehen im Widerstand der hier in Frage kommenden Unternehmerkreise gegen einen willkürlichen Preisabbau nicht nur bösen Willen, sondern wir erkennen im Hinblick auf die durch den Rückgang der Kapazitätsauswertung und der daraus erwachsenen Erhöhung und Verfestigung der festen Betriebskosten dieses ablehnende Verhalten bis zu einem gewissen Grade als natürliche Folge einer bedauerlichen Zwangslage an. Daß damit die sehr erheblichen Festanlagen aus gewerblichen Erträgen der letzten Jahre keineswegs entschuldigt sein sollen, möchten wir trotzdem nicht verschweigen. Aber es ist

eben daran vorläufig nichts zu ändern. Diese Festanlagen lasten auf dem Gewerbe, und zwar nicht nur auf den Unternehmern, sondern noch viel fühlbarer auf der Arbeiterschaft, und zwar durch die Verteuerung des Produktionsprozesses von der Seite der festen Betriebskosten her wie durch den dadurch gleichfalls bedingten Absatzmangel, der sich in der unheimlich gewachsenen Arbeitslosigkeit auswirkt. So wenig wir daher einen Lohnabbau mit seiner unausbleiblichen weiteren Schwächung der Kaufkraft als Rettung aus diesem rein privatkapitalistisch bedingten Chaos erblicken, glauben wir auch nicht an eine fühlbare Entspannung der Krise durch Preisabbau, und zwar weder in der Fertigwarenindustrie noch im Verteilungssystem bis zum letzten Verbraucher. Denn durch die Ausschaltung von auf den ersten Blick überflüssig erscheinenden Kostenfaktoren, die sich nach dem ganzen Zusammenhang der heutigen Wirtschaftsform in der Hauptsache auf die weitere Ausmerzungen persönlicher Arbeitskräfte erstrecken würde, wären deren Lebenshaltungskosten doch nicht aus der Welt geschafft, sondern nach wie vor in der einen oder anderen Form zu decken. Ob diese Deckung „ersparter“ Produktionskosten durch Lohnabbau oder Betriebseinsparungen nun über die staatliche Arbeitslosenversicherung oder über die Verlagerung auf private Unterhalts- und Zinsverpflichtungen geht, ist schließlich doch nichts anderes als ein weiterer Druck auf die Kaufkraft mit entsprechender Reduzierung der Absatzmöglichkeiten für die Erzeugnisse der Wirtschaft gleich dem Tanz um den eignen Schatten. Dies im einzelnen hier noch weiter zu erörtern, würde zu weit führen. Es genügt, in großen Umrissen gezeigt zu haben, daß die bisherigen Wege über den Preisabbau an verkehrter Stelle aus der Sackgasse, in die die privatkapitalistische Wirtschaftsform auf Grund ihrer eignen Gesetze geraten ist, nicht herausführen.

Denn darüber sollten sich auch die Unternehmer in unserem Gewerbe im klaren sein, daß ihre lohnpolitische Spekulation auf den Preisabbau in anderen Industrie- und Gewerbebezügen diese ebenfalls dazu

berechtigt, vom Buchdruckgewerbe eine Herabsetzung seiner eignen Preise zu verlangen. Diese Forderung wird nach alter Erfahrung in erster Linie von jenen Unternehmern geltend gemacht werden, die bisher schon auf dem Buchdruckgewerbe ihre Existenz als Verleger oder Buchhändler aufgebaut haben; auch die Annoncenpetitionen werden nicht die letzten sein, die ihre Forderungen stellen werden. Es mag ja sein, daß die Verfügungsgewalt der Zeitungsverleger über die sogenannte öffentliche Meinung diese Frage weniger bedenklich erscheinen lassen könnte; ob aber bei einer eventuellen Wahrnehmung eigener Interessen durch Vernebelung der öffentlichen Meinung auf diesem Gebiet für das Zeitungsgewerbe Erfolge zu verzeichnen sein werden, ist sehr fraglich. Es liegen uns sogar schon mehrere Propagandapostkarten aus Mittelstandskreisen gegen die Preisabbauphase in bürgerlichen Zeitungen vor, auf denen die gegenüber der Vorkriegszeit um über das Dreifache gestiegenen Bezugspreise der Zeitungen scharf unter die Lupe genommen werden, und zwar mit der Überschrift: „So sieht die Preisentung bei den Kreisen aus, die am lautesten darüber schreien!“ Jedenfalls ist es ein sehr zweifelhaftes Schwerk, das die Herren Buchdruckereibesitzer und Zeitungsverleger mit ihrer Forderung auf Lohnabbau im Buchdruckgewerbe aus der Scheide gezogen haben. Daß sie nicht nur nach der Seite ihrer Auftraggeber arg ins Gebränge kommen werden, zumal sie selbst den Kostenanteil des Lohnes bei den letzten Verhandlungen vor dem Zentralratschlußungsamt mit 50 bis 70 Proz. gegen in Wirklichkeit nur 35 bis 40 Proz. (laut einwandfreier Kalkulationsgrundlagen in Nr. 2 der „Zeitschrift“ vom 6. Januar d. J.) angegeben haben, sondern weit stärker als jede andere Unternehmergruppe werden damit rechnen müssen, daß im Falle eines Lohnabbaues auch die Gegenteilung der davon Betroffenen sich in ebenbürtigem Rahmen halten wird, ist heute schon mit 99prozentiger Sicherheit anzunehmen. Denn wenn schon in maßgebenden Unternehmerkreisen bei weiterer Schmälerung der Profitrate ein Rückgang der Unternehmungslust bzw. ihrer Arbeitsfreude als unermesslich bezeichnet wird, dann kann von der Arbeiterschaft, deren Lebenshaltung durch Lohnabbau auf ein niedrigeres Kulturniveau als bisher gedrückt werden soll, doch wohl kaum das Gegenteil verlangt werden. Es wird im Gegenteil eine solche passive Resistenz des Unternehmertums nach gleichem Recht für alle auch als „nachahmenswertes Beispiel“ für die Arbeiterschaft wirken müssen!

Auch die ausländische Konkurrenz gegenüber dem deutschen Buchdruckgewerbe paßt schlecht in diesen Rahmen der Preis- und Lohnabbauphase. Mit besonderer Vorliebe wird nämlich die Auslandskonkurrenz von Unternehmern bei unsern Lohnverhandlungen ins Feld geführt. Trotzdem zu Unrecht. Denn alle amtlichen Nachweise der deutschen Außenhandelsstatistik beweisen, daß z. B. im Jahre 1929 im Gegenjah zu dem sich in Auss. wie Einfuhr die Waage haltenden Wert des deutschen Außenhandels das deutsche Vertriebsleistungsgewerbe mit einem dreifach höheren Ausfuhr- als Einfuhrwert aller in Frage kommenden Erzeugnisse zu rechnen hat. Nach der Statistik des Deutschen Reiches über den „Auswärtigen Handel Deutschlands im Jahre 1929“ betrug im Rahmen eines Gesamtwertes der deutschen Einfuhr von 13,447 Milliarden Mark der Anteil des deutschen Vertriebsleistungsgewerbes nur 26,959 Millionen Mark, 0,02 Proz. (1913: 23,175 Millionen), dagegen bei einem Gesamtausfuhrwert von 13,438 Milliarden 83,512 Millionen oder 0,06 Proz. (1913: 67,194 Millionen) Ausfuhr aus dem deutschen Vertriebsleistungsgewerbe. Sehr beachtenswert ist hierbei, daß z. B. die Ausfuhr des deutschen Vertriebsleistungsgewerbes nach der Tischgeschloßware die Einfuhr aus diesem Lande sogar um das Sechsfache übersteigt; die einschlägige Ausfuhr nach Österreich ist um über 60 Proz. höher als dessen Einfuhr nach Deutschland, und nach der Schweiz wird eine um 30 Proz. höhere Wertmenge an Erzeugnissen des deutschen Vertriebsleistungsgewerbes ausgeführt als die aus dem gleichen Lande in Betracht kommende Einfuhr nach Deutschland ausmacht. Kein einziges fremdes Land hat eine größere Ausfuhr nach Deutschland an Erzeugnissen des Vertriebsleistungsgewerbes als es selbst an Einfuhr an Erzeugnissen gleicher Herkunft in Kauf nimmt; alle in Frage kommenden Bezugsländer bleiben in ihrer einschlägigen Ausfuhr weit hinter der vergleichbaren Einfuhr aus Deutschland zurück. Gegenüber der Vorkriegszeit haben sich diese Verhältnisse durchweg wesentlich zugunsten des deutschen Vertriebsleistungsgewerbes verbessert. Von der Notwendigkeit eines besonderen Schutzes des deutschen Vertriebsleistungsgewerbes durch Preis- oder Lohnabbau gegenüber dem Ausland braucht also gar keine Rede zu sein, noch

nicht einmal gegenüber jenen Ländern, in denen noch niedrigere Löhne als im deutschen Buchdruckgewerbe gezahlt werden. Trotz großzügiger Preisgestaltung ist die Ausfuhr des deutschen Vertriebsleistungsgewerbes in den letzten Jahren nicht kleiner, sondern größer geworden; was zweifellos weniger auf die Preise als auf seine preiswerten Qualitätsleistungen zurückzuführen ist; wobei nicht unerwähnt bleiben soll, daß die deutsche Reichsregierung weder durch ihre Zollpolitik noch die deutsche Reichspost durch die aus dem Ausland begünstigten Portotarife für Druckaufsendungen für das deutsche Buchdruckgewerbe bisher hehlslich nach dieser Richtung gewesen wäre. Reichsarbeitsminister Siegelwaid braucht sich also nicht die geringsten Sorgen bezüglich einer Auslandskonkurrenz für das deutsche Buchdruckgewerbe zu machen. (Schluß folgt.)

Arbeitslosigkeit und Arbeitszeitverkürzung

Die Arbeitslosigkeit ist noch immer im Zunehmen begriffen. Seit Monaten beschäftigt man sich mit diesem, Staat und Wirtschaft gleich gefährdenden Problem. Es herrscht Einigkeit darüber, daß die vorhandene Massenarbeitslosigkeit bekämpft werden muß. Aber die darüber angestellten Erwägungen haben bis jetzt noch zu keinen praktischen Maßnahmen geführt, die eine Besserung der ihr zugrunde liegenden Verhältnisse in Aussicht stellen. Der zur Hebung der Kaufkraft und Verkürzung der Nachfrage mit großem Lamtam angeführte Preisabbau ist — wie nach früheren Vorgängen leider erwartet werden mußte — in den ersten Anfängen stecken geblieben. Das hat zur Folge, daß von einer für die Verbraucher bemerkbaren Entlastung nichts zu bemerken ist. Den Beweis dafür liefert der Lebenshaltungsinde. Von Oktober bis Ende Dezember 1930 ist bei ihm nur eine Senkung von 3,8 festzustellen. Um so stärker mahnt sich der von den Unternehmern unter Führung der Regierung vorgenommene Lohnabbau bemerkbar. Hier ist von Besseren und Zurückhaltung nichts zu spüren. Die Unternehmer suchen die für sie günstige Situation nach Kräften auszunutzen, und wenn ihre Abfichten nicht durch den Widerstand der Gewerkschaften behindert würden, hätten wir schon längst mit einer Herabsetzung der Löhne um 15 bis 20 Proz. zu rechnen.

Wie die Gewerkschaften nur zu richtig vorausgesehen, haben sich die wirtschaftlichen Verhältnisse unter den Wirkungen des Lohn- und Gehaltsabbaues weiter verschlechtert. Der Absatz geht in rapidem Maße zurück, die Produktion wird weiter eingeschränkt, die Massen der Kurzarbeiter und Arbeitslosen wachsen noch mehr an. Es kann nicht anders sein, denn die sinkenden Einnahmen der in Mehrheit des Volkes darstellenden Arbeiter müssen zur Verminderung ihrer Kaufkraft und all den sich daraus ergebenden Nachteilen führen. Wie schon so oft, hat man die Sanierung der Wirtschaft und die Befämpfung der Arbeitslosigkeit am falschen Ende begonnen, ohne daß man sich trotz der schlechten Erfahrungen dazu bereit findet, den begangenen Fehler einzugestehen. Die verhängnisvolle Eisenhartur an der Wirtschaft wird fortgesetzt, wobei man sich damit tröstet, daß als Leibtragende ja nur die arbeitenden Volksschichten in Betracht kommen, auf die man nach alter Gewohnheit keine Rücksicht zu nehmen braucht. Das spricht man zwar nicht offen aus. Das Vorgehen der Unternehmer wie die herzhafte Krise bringen aber diese Aufassung zum Ausdruck.

Nachdem feststeht, daß der von der Regierung versprochene Preisabbau nicht anders als ein Festschlag bezeichnet werden kann, verlieren die auf den Lohnabbau gerichteten Bestrebungen jeden Schein von Berechtigung, und es ist nur selbstverständlich, daß sich ihnen die Gewerkschaften mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenstellen. Zugleich ist es aber auch erforderlich, ihre Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit mit stärkstem Nachdruck zu vertreten und auf ihre Durchführung zu drängen. Das um so mehr, weil die Arbeiterschaft zu den Versprechungen auf Arbeitsbeschaffung durch Zurverfügungstellung öffentlicher Mittel kein Vertrauen haben kann. Die Arbeitszeitverkürzung ist zweifellos geeignet, eine wesentliche Milderung der herrschenden Wirtschaftskrise und damit der bestehenden Massenarbeitslosigkeit zu bewirken. Ihre Durchführung entspricht nicht nur der wirtschaftlichen Vernunft, sondern auch der sozialen Gerechtigkeit! Allein schon aus psychologischen und moralischen Gründen geht es auf die Dauer nicht an, ein Drittel der Arbeiter zum Nichtstun zu verurteilen sowie zu Unterstützungsempfängern herabzubriden, nur damit die übrigen zwei Drittel voll beschäftigt sind, wohl aber die Mittel aufzubringen haben, die für die Unterstützung der übrigen erforderlich werden. Wenn schon die volle Beschäftigungsmöglichkeit für alle Arbeiter fehlt, so zwingt ihre Schicksalsgemeinschaft dazu, Lasten und Nutzen gleichmäßig auf alle zu verteilen.

Wohl stellen sich die Unternehmer dieser Forderung entgegen. Nach ihren Behauptungen ist die Durchführung einer Arbeitszeitverkürzung nicht möglich. Dieser Standpunkt kann jedoch nicht als richtig anerkannt werden. Im übrigen wird er auch nicht ausnahmslos von allen Unternehmern geteilt, wie die Vorschläge der Fabrikanten Gütermann, Lebermann usw. zeigen. Bei der großen Mehrzahl der Unternehmer sind diese Vorschläge zwar auf heftigen Widerstand gestoßen, der aber nur beweist, daß sich die Unternehmer freiwillig zur Anerkennung fortgeschrittlicher Forderungen nicht bereit finden, weil ihnen dazu die wirtschaftliche und soziale Einsicht fehlt. Diese Tatsache hat sich im ganzen Verlauf der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Entwicklung immer wieder herausgestellt. Ginge es nach

dem Willen der Unternehmer, so hätten wir heute noch die 12- und 14stündige Arbeitszeit. Haben sie doch lange genug unter Hinweis auf Gutachten sogenannter Wirtschaftsjahresverständigen behauptet, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 10 Stunden für die Industrie untragbar sei, da die für ihre Rentabilität erforderlichen Gewinne nur in der darüber hinausgehenden Arbeitszeit erzielt werden könnten. Von dieser Auffassung konnten sie nur durch die aufstrebende Gewerkschaftsbewegung abgedrängt werden, die ihnen trotz aller Widerstände den Zehntundenarbeitstag abgerungen hat und schließlich dessen gesetzliche Festlegung erzwang. Genau so ging es mit der weiteren Arbeitszeitverkürzung, der Festlegung der Neun- und schließlich auch des Achtstundentages. Muß doch selbst heute noch um dessen Einhaltung fortwährend gekämpft werden.

Daß der Achtstundentag in der Zeit der rückichtslosten Rationalisierung der Industrie den wirtschaftlichen Anforderungen nicht mehr entspricht, wird durch die ungeheure Zahl von über vier Millionen Arbeitslosen sowie die für ihre Erhaltung notwendigen Aufwendungen hinlänglich bewiesen. Diese Einsicht ringt sich mit der Zeit immer mehr durch. Im Gegensatz zu den Unternehmern und privaten Arbeitgeberverbänden haben sich denn auch der Deutsche Städtetag sowie der Reichsarbeitsgeberverband der kommunalen und andern öffentlichen Betriebe auf den Standpunkt gestellt, daß die gewerkschaftliche Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit richtig und zweckmäßig sei. Dem entsprechend wurde den Gemeinden empfohlen, zum Zwecke der Einstellung weiterer Arbeitskräfte aus der Zahl der Wohlfahrtsarbeitslosen eine Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich überall da einzuführen, wo die betriebswirtschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse solche ermöglichen. Im weiteren führte diese Stellungnahme dazu, daß zwischen dem Reichsarbeitsgeberverband und dem Gesamtverband der in den Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter Verhandlungen stattfanden und eine Vereinbarung dahin getroffen wurde, daß sämtliche Überstunden abgefieert sowie alle Mehrarbeitsabkommen außer Kraft gesetzt werden, in Schichtwechselbetrieben die 48stündige Arbeitszeit durchgeführt wird und eine allgemeine Herabsetzung der Arbeitszeit stattfindet. Von diesen Maßnahmen wird erwartet, daß es gelingen werde, etwa 50 000 Arbeitslose wieder in den Produktionsprozess einzureihen. Jedemfalls zeigt dieses Vorgehen, daß mit dem erforderlichen guten Willen die einer Arbeitszeitverkürzung entgegenstehenden Schwierigkeiten zu überwinden sind.

Was hier von den Gemeinden unternommen wurde, ist auch in der Privatindustrie durchführbar. Den Beweis hierfür liefert eine von den Harburger Olmeren Bringmann & Mergell soeben herausgegebene Broschüre über einen Versuch, den dieses rund 1000 Arbeiter beschäftigende Unternehmen bei der Herabsetzung der Arbeitszeit auf 36 Wochenstunden unter gleichzeitiger Einstellung von 350 neuen Arbeitskräften unternommen hat. Die Firma stellt fest, daß ihr Vorgehen alle vor der Ausnahme des Versuchs gehegten Befürchtungen ad absurdum führte. Weder sei eine Erhöhung der Gestehungskosten noch der Lohnsumme eingetreten. Nur die Beiträge für Kranken- und Erwerbslosenversicherung erliefen eine geringe Zunahme. Desgleichen die Invalidenversicherungsbeiträge, da die alten Arbeiter trotz des infolge der Arbeitszeitverkürzung eintretenden Verdienstrückganges in der höchsten Versicherungsklasse verblieben. Dennoch betragen die Mehraufwendungen insgesamt für alle sozialen Lasten noch nicht 1 Proz. der Lohnsumme. Auch eine Verminderung der Arbeitsleistung fand nicht statt. Im Gegenteil erfuhr diese an manchen Stellen sogar eine merkliche Steigerung, die unterbunden werden mußte, um nicht den Zweck der Arbeitszeitverkürzung illusorisch zu machen. Zugelassen wird, daß die infolge der Herabsetzung der Arbeitszeit eingetretene Verminderung der Verdiensthöhe die Arbeiterschaft sehr empfindlich berührte. Gleichwohl haben sich für eine bemerkenswerte Anzufriedenheit bislang nicht die kleinsten Anzeichen ergeben. Dazu trug freilich bei, daß die am niedrigsten entlohnenden Arbeiter bei der Neuordnung in die mit Akkordlohn oder Leistungszulagen bedachte vierte Arbeitschicht eingereiht wurden, was die Lohnkürzung weniger fühlbar werden ließ.

Damit zeigt auch dieser Vorgang, daß in der Verkürzung der Arbeitszeit die Möglichkeit besteht, eine fühlbare Verminderung des vorhandenen, jeder wirtschaftlichen Vernunft hochsprechenden ungeheuren Arbeitslosenheeres zu erreichen. Dennoch will die Mehrheit des deutschen Unternehmertums diese Möglichkeit nicht benutzen. Die hierfür gebotene, auf solidarischer Klassenverbundenheit beruhende teilweise Lohnminderung der Arbeiter wird von ihnen brist zurückgewiesen. Alle Appelle an die soziale und wirtschaftliche Einsicht der Unternehmer bleiben ohne Erfolg. Hiernach bleibt nur übrig, sie durch die gewerkschaftliche Macht der Arbeiter sowie durch staatliche Zwangsmaßnahmen zu einer besseren Einsicht zu bekehren. M. t.

Nationalsozialistische Betriebsfunktionäre

Die NSDAP. rüstet zum Generalauftritt auf die Gewerkschaften. Mit SS., SA. und sonstigen Mordkolonnen schreit man an die Arbeiter in den Betrieben nicht heran-zukommen. Man versucht es deshalb auf eine andre Art, und zwar durch die Neueinrichtung des NS.-Betriebsfunktionärs (Vbt. 3a: Betriebszellen). Dieser hat folgende Aufgaben (wir folgen bei diesen Angaben einem vertraulichen Rundschreiben der Kreisleitung Frankfurt der NSDAP.): 1. den Marxismus in seinen stärksten Wollwurzeln, den Betrieben, zu schlagen; 2. die Betriebe zu Hochburgen des Nationalsozialismus auszubauen. Diesen Zielen gilt: 1. die politische Tätigkeit; 2. die sozialpolitische Arbeit.

Die politische Tätigkeit gliedert sich in Propaganda und Organisation. Propaganda hat zum Ziel „Aufklärung der Belegschaft über den Verrat ihrer politischen (des: gewerkschaftlichen) Führer“. Betriebspropaganda ist keine Massenarbeit. Schritt für Schritt! Mann für Mann! Die offene Propaganda kann mit Rücksicht auf gesetzliche Bestimmungen im allgemeinen nur vor oder nach der Arbeitszeit oder während der Pausen, eventuell in Betriebsversammlungen ausgeübt werden. Während der Arbeitszeit ist Vorsicht geboten. Sondernfalls wollen wir weder jüdischen noch verjudeten oder reaktionären Arbeitgebern, noch roten Terroristen die Freude bereiten, NS-Funktionäre unschuldig gemacht zu haben. Grundsatz für Massenpropaganda: Jeder Betriebsangehörige muß durch die Arbeit der NS-Funktionäre mindestens einmal im Monat etwas von Nationalsozialismus sehen oder hören (Flugblätter, Zeitungen, Schriften, Eintrittskarten zu Versammlungen anbieten; in Betriebsversammlungen sprechen).

Weiter heißt es in den Richtlinien: Jeder Arbeiter und Angestellter kann und soll in seiner Gewerkschaft bleiben (auch in den freien), soweit er überhaupt organisiert ist.

Die parteiamtliche Stellungnahme zu dieser Frage lautet: Die NSDAP. sieht in der angestrebten Betriebszellenorganisation die Grundlage, von der aus zu gegebener Zeit die Schaffung nationalsozialistischer Berufsgewerkschaften in Angriff genommen werden kann. Bis dahin wird den Parteigenossen empfohlen, in ihren Verbänden zu bleiben und dort, gestützt auf die statutarisch verbürgte politische Neutralität, jede Propaganda zugunsten der marxistischen und demokratischen Parteien zu unterbinden. Das bedeutet also: Zellenbildung innerhalb der Gewerkschaften mit dem Ziel, sie zu untergraben.

Aber die sozialpolitische Tätigkeit des nationalsozialistischen Betriebsfunktionärs heißt es in den Richtlinien: „Sie umfaßt: 1. Beratung der Belegschaft in Tariffragen, in Arbeitsrechtsfragen, in Angelegenheiten der Sozialversicherung; 2. Vertretung der Belegschaft gegenüber der Firma, beim Arbeitsgericht, gegen rote Funktionäre und deren Terror; 3. Vorbereitung und Durchführung der Betriebsratswahlen.“

Interessant ist die Begründung hierzu: „Die heutige Sozialgesetzgebung, die ein großes bürgerlich-marxistisches Kompromiß ist, entspricht nicht den nationalsozialistischen Forderungen. Es werden wohl Almosen sicher gestellt, nicht aber Lebensrechte garantiert. Als Sozialisten (!) haben wir die Pflicht, aus den vorhandenen Bestimmungen herauszuholen, was irgend zu erreichen ist. Der Nationalsozialist muß sich auch hier als Aktivist betätigen: auch wenn er nicht Betriebsrat ist, hat er auf die strikte Durchführung gesetzlicher und tariflicher Rechte zu achten. Also auf Einhaltung der Tarifhöhe, Arbeitszeitüberwachung, Urlaubs-, Entlassungs- und Einstellungsfragen, Arbeiterschutzgesetze und andres. Überall ist rücksichtslos durchzugreifen!“ Gerade, als wenn es so etwas bis heute nicht gegeben hätte.

Allerdings scheinen die Nazis ihrer Leute nicht ganz sicher zu sein. Die Richtlinien fordern nämlich weiter: „Kenntnis der maßgebenden Tarifverträge, des Betriebsratsgesetzes usw. muß sich der NS-Funktionär aneignen. Besondere Kurse werden zu diesem Zwecke von der Partei eingerichtet.“ Man fragt sich unwillkürlich: Wozu dies alles, nachdem unsere Gewerkschaften alle diese Aufgaben schon seit Jahrzehnten erfüllt haben — und deren Führer noch dazu für sich das Verdienst in Anspruch nehmen können, alle diese Rechte in harten Kämpfen der Unternehmerklasse abgerungen zu haben. Von den Nazis freilich werden sie deshalb als Verräter an der Arbeiterklasse verurteilt.

Betzetzungen an den Arbeitsgerichten sollen die NS-Funktionäre vornehmlich für ... Unorganisierte übernehmen. „Bei Eintritt marxistischen oder auch jüdischen Terrors muß sich der NS-Funktionär mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zur Wehr setzen.“ Was mag das heißen? „Anweisungen können a u f d i e s e W e g e in einzelnen nicht gegeben werden.“ Will die Abteilung 3a, die in solchen Fällen sofort anzurufen ist, etwa eine SA- oder eine SS-Abteilung in den betreffenden Betrieb entsenden, um den marxistischen oder jüdischen Terror zu brechen? Oder soll der NS-Funktionär ein Schießfeld errichten, um die Terroristen „mit allen Mitteln“ klein zu kriegen? Nach den bisherigen Gepflogenheiten der Nazis, ihre Meinung zu äußern, sind solche Fragen nicht unberechtigt. Und es berührt sehr eigenartig, wenn gerade die Nazis in diesem Zusammenhang die Weimarer Verfassung zitieren: „Jeder Deutsche hat das Recht, innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Form frei zu äußern.“

Besonderen Wert legt man auf die Eroberung der Betriebsräteposten. „Die NSDAP. bejaht den Betriebsratsgedanken. Erst der nationalsozialistische Staat wird die nationalsozialistische Forderung auf Anteil am Besitz, Anteil an der Leitung und Anteil am Gewinn erfüllen.“ Was sagt Adolf Hitler dazu? (Wir folgen in nachstehendem dem lehrswerten Bude „Die große Trommel“ von Tacitus Robidivus, Deutsch-Schweizerische Verlagsanstalt.) Hitlers Streik mit Otto Straßer ist bekannt. Warum kam es zum Bruch zwischen beiden? Straßer will 49 Proz. vom Besitz- und Gewinnanteil vom deutschen Vermögen und Gesamtvermögen des bisher berechtigten Privatvermögens belassen. 41 Proz. muß unbedingt der Staat haben, während die restlichen 10 Proz. der jeweiligen Belegschaft als Sonderprämie ausgeschüttet werden sollen. Auch Verwaltungs- und Aufsichtspflichten sollen nach Straßer zwischen Vorgesetzter, Staat und Arbeiter verteilt werden. Hitler wehrte diese Forderungen ab: „Das ist geradezu Bolschewismus. Damit machen Sie den ganzen Fortschritt der Menschheit hinfällig, der immer vom einzelnen ausgeht.“

Mit welchem Recht verlangen diese Leute Anteil am Besitz oder gar an der Leitung? Die Unternehmer haben sich auf Grund ihrer Tüchtigkeit an die Spitze gearbeitet und auf Grund dieser Tüchtigkeit, die wiederum nur die höhere Klasse (der Unternehmer) beweist, haben sie ein Recht, zu führen. Wer hat nun das richtige Programm: die Frankfurter Kreisleitung oder Herr Hitler?

Selbstverständlich stellt man zu den Betriebsratswahlen eigene Listen auf, wenn „wir unsre Parteigenossen nicht sicher auf andere Listen unterbringen können“. Im allgemeinen wird sich dies nur bei den Angestellten ergeben, bei denen ein Zusammenarbeiten mit dem DSB, in Frage kommt. Erfreulich ist, daß die Nazis hier schon selber zugeben, daß sie bei den Mitgliedern der freien Gewerkschaften keine Vorbeeren ernten können.

Ein besonderer Nachrichtendienst soll regelmäßig über Tätigkeit und Erfolge der Nazivertrauensleute berichten. Besonders soll über die marxistische Arbeit in den Betrieben und deren Arbeit gegen den nationalsozialistischen Terror berichtet werden. Dieses unfreiwillige Geständnis ist sehr wertvoll. Erkennen wir doch daraus, daß die Nazis — getreu ihren im politischen Leben getätigten Maximen — auch innerhalb der Gewerkschaften gewillt sind, ihren Kampf gegebenenfalls mit Gewalttätigkeiten durchzuführen. Wir wissen nun, was wir über ihre Aufregung über den „roten Terror“ zu denken haben.

Koblenz, Georg Bauer.

Die deutsche Buchproduktion

Im Jahre 1929 war die deutsche Buchproduktion noch verhältnismäßig günstig, sie stieg dem Werte nach um 11 400 M. gegenüber 1928, der Zahl nach ging sie um 792 Bücher zurück. Der Durchschnittspreis des Buches stellte sich auf 6,19 M., gegen 5,62 M. im Vorjahr.

Die Gesamtproduktion betrug im Jahre 1929 27 002 Bücher, gegen 27 794 im Jahre 1928. Davon waren 1929 22 164 Neuerscheinungen und 4838 Neuauflagen, gegen 22 951 Neuerscheinungen und 4843 Neuauflagen im Vorjahr. Der Rückgang entfällt hauptsächlich auf die Neuerscheinungen. Die Zahl der fremdsprachlichen Veröffentlichungen betrug 872 gegen 807 und die der Übersetzungen aus fremden Sprachen 1221 gegen 1477. Der Gesamtladepreis betrug sich im Jahre 1929 auf 160 182 M., gegen 143 758 M. im Jahre 1928.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die im Jahre 1929 erschienene Literatur.

Erscheineladenpreis	Gesamtladepreis	Durchschnittspreis	
Schöne Literatur	4172	12 563	3,06
Politik, Statistik	2106	9 133	4,67
Religionswissenschaft	2078	7 964	3,96
Schulbücher	1875	3 369	1,86
Technik und Handwerk	1617	11 028	6,95
Rechtswissenschaft	1583	10 167	6,71
Jugendchriften	1496	2 089	1,84
Handel und Verkehr	1305	8 168	6,69
Heilwissenschaft	1138	14 275	12,86
Erziehung	947	3 170	3,51
Naturwissenschaften	939	10 540	12,02
Geschichte	921	8 225	9,30
Land- und Forstwirtschaft	915	3 658	4,32
Kunst und Kunstgewerbe	710	24 672	36,44
Erdb- und Völkertunde	691	3 954	6,02
Allgemeine Sammelwerke	662	7 285	11,94
Sprachen und Literatur	630	3 448	5,58
Geheimwissenschaft	606	858	1,57
Musik, Tanz, Kino	520	2 174	4,27
Philosophie	480	3 020	6,27
Kulturgeschichte und Volkskunde	482	3 723	8,37
Türnen und Sport	466	1 215	2,80
Mathematik	229	1 587	7,32
Kriegswissenschaft	198	1 512	7,92
Klassische Sprachen	184	980	7,81
Allgemeine Sprachwissenschaft	98	803	9,13

Den höchsten Durchschnittspreis pro Buch weisen Kunst und Kunstgewerbe auf mit 36,44 M., den niedrigsten Geheimwissenschaften und Kalender mit 1,57 M. Im Vorjahr betrug der höchste Durchschnittspreis 25,47 M., der niedrigste 1,32 M.

Gestiegen gegenüber 1928 sind die Verlagsveröffentlichungen in der Politik, Wirtschafts- und Sozialwissenschaft um 80, in den Naturwissenschaften um 14, Allgemeine Sammelwerke um 35, Mathematik um 22, Erziehung und Unterricht um 22, Kunst und Kunstgewerbe um 52, Geschichte um 91, Handel und Verkehr um 12, Land- und Forstwirtschaft um 208 Veröffentlichungen. Die stärkste Zunahme hat danach das Wissenschaftsgebiet Land- und Forstwirtschaft aufzuweisen.

Zurückgegangen ist die Buchproduktion in der Religionswissenschaft um 10, Rechtswissenschaft um 81, Philosophie um 40, Schulbücher um 406, Jugendchriften um 52, Allgemeine Sprach- und Literaturwissenschaft um 30, Schöne Literatur um 312, Musik, Tanz, Kino und Theater um 156, Kriegswissenschaft um 9, Kulturgeschichte und Volkskunde um 65, Erdb- und Völkertunde um 16, Technische Wissenschaften um 80 Bücher.

Die höchste Zahl an Übersetzungen aus fremden Sprachen entfällt auf die Schöne Literatur, nämlich 568, gegen 746 im Jahre 1928. Dann folgt die Religionswissenschaft mit 151, Jugendchriften mit 110, Politik, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften mit 70, Geschichte mit 39, Musik, Tanz und Kino mit 31 usw. Bei fremdsprachigen Veröffentlichungen haben Schulbücher mit 273 die Höchsthöhe, dann folgen Neuere Sprachen und Literatur mit 122, Schöne Literatur mit 95, Religionswissenschaft mit 61 usw. G. R.

Korrespondenzen

Darmstadt. Eingang unserer gutbesuchten Bezirksversammlung am 4. Januar erhebt unser Bezirksvorsitzender B o l k a r t das Ableben eines verstorbenen Kollegen. Unter „Mitteilungen“ wurde bekanntgegeben, daß die in Griesheim b. D. vor Jahresfrist gegründete sozialdemokratische Zeitung „Volkswacht“ Gepflogenheiten gegenüber ihrem Personal an den Tag lege, die alles andere denn tariflich seien. In Forderung von Überstundenleistung sei man großzügig. Der Bezirksvorstand sichert alsbaldige Abstellung zu und wird mit dem dortigen „Geschäftsführer“ ein ernstes Wort zu sprechen haben. Zum Hauptthema „Lohnverhandlungen — Gau- und Bezirksvorsteherkonferenz — Arbeitslosennot — Gestaffelter Extrabeitrag“ nahm sodann Kollege B o l k a r t das Wort. Ausgehend von der Wirtschaftskrise und dem Preisabbauschwindel, der von den Zeitungen aller Schattierungen mitgemacht, aber mit dem Moment der Forderungen der Großindustriellen ein allgemeines Stillschweigen auslöste. Alsdann kam Kollege auf die letzten Lohnverhandlungen zu sprechen und stellte fest, daß unser Vertreter gestützt auf den geschlossenen Abwehrwillen unzer Organisationsmitglieder, das Menschenmögliche leisteten. Das Nichtflügen in ein Dittat habe die Abbaubestrebungen auf beschränkte Zeit aufgehalten, und der 2. Februar erfordere eine einige Kollegenliste. Die katastrophale Not der Arbeitslosen und die berechtigste Forderung auf Arbeit seien Warnungssignale, deren Bedeutung man mit rührender Arbeitszeiterweiterung auf Unternehmerseite beantwortete. Eine auf positive Einstellung von Erwerbslosen ausgehende Arbeitszeiterweiterung sei geeignet, dem Problem näherzutreten. Die von unsrer Prinzipalität bevorzugte Kurzarbeit und die mit in Erscheinung tretende Untreue, genannt Rationalisierung, zeige schon lange, daß man wohl gewillt ist, alle Arbeiten fertigzustellen, aber ohne Einstellung arbeitsloser Geschickten. Die Einführung des gestaffelten Extrabeitrags wurde ergebnislos erklärt. In der Hoffnung auf die Verbundenheit mit unsren Führern schloß der Referent seine tiefschmerzlichen Ausführungen. Nach Beifall und Dankabstimmung entwickelte sich eine lebhafteste Aussprache, die sich im Rahmen des Gehörten hielt und den einmütigen Willen zum Ausdruck brachte, sich keinen Lohnabbau bieten zu lassen. Das Bekenntnis der arbeitslosen Kollegen, nach wie vor dem Ruf ihrer Gewerkschaft zu folgen, möge gebührend erwähnt werden. Folgende Entschiedenheit war der Niederschlag der Aussprache: „Die gut besuchte Bezirksversammlung am 4. Januar fordert von unsren Führern bei den kommenden Lohnverhandlungen die gleiche feste Haltung. Die Darmstädter Buchdrucker vertrauen auf ihre Führer und sind bereit, jede Maßnahme des Verbandsvorstandes mit allen Mitteln zu verteidigen. Im übrigen billigt die Versammlung die Beschlüsse der Gau- und Bezirksvorsteherkonferenz.“ Mit dem einstimmigen Beschluß, dafür Sorge zu tragen, daß aus moralischer Verpflichtung die gestaffelten Extrabeiträge, trotz mancher Einziehungsschwierigkeit, sorgfältig durchgeführt werden, und der dringenden Mahnung an die Kollegen, in fester Geschlossenheit die Notzeit zu überwinden, fand die sachliche und arbeitsreiche Versammlung ihren Abschluß.

Freiburg i. B. (Händler.) — Situationsbericht. Zwei Jahre sind nunmehr verstrichen, seit die Handfegerpartei im Gau Oberrhein ihren Einzug hielt. Wenn wir auf das abgelaufene Jahr zurückblicken, können wir konstatieren, daß es zwar reich an Arbeit, aber auch nicht ohne Erfolg war. Konnte im ersten Jahr von einer planmäßigen Werbung noch nicht gesprochen werden, weil einerseits der Vorort noch nicht bestimmt war, andererseits bereits bekannte persönliche Gründe die Agitation hinderten, so wurden diese Verhältnisse reichlich nachgeholt durch um so intensivere Arbeit zu Beginn des neuen Jahres. Waren die Erfolge auch nicht gerade glänzend, so befriedigen sie doch insofern, als in den meisten Druckerorten unzer Gaues die Handfegerpartei Eingang gefunden hat. Bedinglich die Kollegen des Bezirks Konstanz verschließen sich der Notwendigkeit des engeren Zusammenstufes. Überhoffentlich ist die Zeit nicht mehr fern, wo auch diese den Weg gehen, der allein zum Ziel führen kann. Jedenfalls besteht die begründete Hoffnung, daß die Handfegerpartei im Gau Oberrhein sich, wenn auch langsam, so doch stetig entwickelt. Vom Bezirk Freiburg ist zu berichten, daß wohl der größere Teil der Handfegerkollegen unzer Sparte angehört, aber sie glauben, mit der Beziehung des Beitrags das ihre getan zu haben. Möchten sie doch einsehen lernen, daß nur durch einmütiges Zusammenarbeiten Erfolge erzielt werden können. Dann würden sie mehr als bisher die Versammlungen und sonstigen Veranstaltungen besuchen. Zur Zeit findet in Verbindung mit der Bildungsverbandsortsgruppe ein Disziplinurstudium statt, der den Zweck hat, den Kollegen die Möglichkeit zu verschaffen, ihre Meinung form- und hilfergerecht zum Ausdruck zu bringen, was besonders in Versammlungen sehr wünschenswert ist. Der Mitgliederbestand beträgt einschließlich der Druckorte des Bezirks Lahr: Gengenbach, Lahr, Ofenbung, Triberg und Willingen 168. Außerst spärlicher Wirtschaft haben wir es zu verzeichnen, daß unsre Massenverhältnisse gute sind. Es ist ein Vermögenstand von 771 M. vorhanden. Durch Zuschüsse bei Wanderversammlungen, Handfegerfesten usw. soll das angeammelte Geld den Mitgliedern wieder zufließen. In der Maternfrage wurden insofern Schritte unternommen, als der Vorschlag nach dem Beispiel der Handfegervereinigung Hannover an die größeren Geschäfte Schreiben richtete, in denen um Unterlassung des Maternausstufes ersucht wurde. Der Erfolg war, daß einige Arbeitslose untergebracht werden konnten.

Gera. Die V e r a m m l u n g am 3. Januar hätte besser besucht sein können. Zu ihr hatten auf Aufforderung des Vorstandes die Bezirksorte je einen Vertreter entsandt. Vorkühender R a n k e übermittelte eingangs allen Teilnehmern die besten Wünsche des Vorstandes für das neue Jahr und sprach die Hoffnung aus, daß das neue Jahr vor allem bessere Arbeitsmöglichkeiten bringen möge. Nach einer Reihe von Mitteilungen berichtete Kollege R a n k e über die Bezirksvorsitzendenkonferenz in Weimar, die u. a. den Bericht von den Lohnverhandlungen und der Gau-vorsteherkonferenz entgegennahm. Die Versammlung sah von einer Aussprache ab und gab dadurch ihr Einverständnis mit den gestaffelten Zuschüssen zu erkennen. Als weiterer Punkt der Tagesordnung folgte nunmehr der Vortrag des Kollegen P a u l G e i t e : „Geschiffe und Lehr-

ling". In fünfviertelstündigen, überaus klaren Ausführungen behandelte Redner dieses Gebiet eines Gewerkschafters und speziell unseres Berufs, wies auf die Bewusstseinsfrage unserer Kollegen als Verbandsmitglieder in früheren Jahrzehnten hin und ermahnte die Anwesenden, unsere Lehrlinge gegenüber mehr als Kollege denn als Aufsichtsperson zu behandeln. Bedauerlich sei, daß gerade die jüngeren Mitglieder so wenig Teilnahme und Interesse an dem Gewerkschaftsleben zeigen. Mit den Worten „Buchdrucker sein, verpflichtet!" schloß er seine Ausführungen, und der reiche Beifall der Anwesenden bewies das Einverständnis mit seinen Anschauungen. Unter „Beschließendem" besprach der Vorsitzende die Vorkommnisse in der drittgrößten Druckerei in Gera, wo durch seine mehrmaligen Verhandlungen mit Betriebsrat, den Kollegen und der Geschäftsleitung mehrere unartiklige Verhältnisse abgeändert worden seien, daß aber speziell in einem Falle die betreffende Berufsgruppe unserer Kollegen entgegen den Anweisungen der Organisation aus Eigennutz einen neuen unartikligen Zustand im Betriebe geschaffen hätten. Dies Verhalten der betreffenden Kollegen zeuge von keiner Solidarität und sei aufs Schärfste zu verurteilen. Der Vorstand würde sich weitere Schritte vorbehalten. Ein Kollege aus dem Betrieb versuchte die Ausführungen zu widerlegen und den Standpunkt der dortigen Kollegen zu vertreten; aber eine ganze Anzahl Redner stimmte der Ansicht des Vorsitzenden zu, verurteilte aufs Schärfste das Verhalten der sechs Kollegen und forderte den Vorstand auf, unverzüglich die notwendigen Schritte hinsichtlich dieser Sabotage und Hinterziehung des Vorstandes zu tun. Zum Schluß erlosch der Vorsitzende die Mitglieder, an den Kurien des Kulturartikels in möglichst großer Zahl teilzunehmen (bei Besuch aller Kuriasabende erhalten die betreffenden Teilnehmer den Hörerbeitrag aus der Ortskasse zurückzuerhalten), wies auf die in der nächsten Zeit stattfindenden, bereits festgelegten Veranstaltungen und schloß dann nach vierstündiger Dauer die Versammlung. Arbeitslos sind gegenwärtig 38 Handsetzer, 11 Drucker, ein Stereotypist, 2 Schweizerbogen und ein Maschinensetzer, zusammen 53 Mitglieder.

Salle a. d. S. In unserer außerordentlichen Versammlung am 28. Dezember gab Gewerkschafter König ein kurzes Spiegelbild von den Lohnverhandlungen und der Gewerkschafterkonferenz. Er betrachtete das Ergebnis der Lohnverhandlung nur als einen Waffenstillstand, nicht etwa als einen Sieg. Kollege Kiebnast machte sodann einige Ausführungen über die eventuelle Stilllegung des „Klassenkampfes" und dessen 14tägiges Verbot. Er kritisierte das Verbot und wünschte, was durch ein Schreiben an die Regierung herbeigeführt werden soll, daß bei derartigen Verböten die Verantwortlichkeit zur Gemeinschaft gezogen werden und nicht die Arbeiterhaft, die an derartigen Verböten unschuldig ist. Die Abstimmung über dieses Schreiben zeigte, daß die M.D. sich der Stimme enthielt, je schon dagegen stimmte, was gewiß nicht von protestarischem Gefühl zeugte. Hierauf gab Kollege Kiebnast in seinem Bericht von der Bezirksleiterkonferenz zur Kenntnis, daß in erster Linie für die Einstellung von Arbeitslosen gekämpft werden müsse, und sei es durch Arbeitszeitverlängerung.

Wienig. Am 3. Januar fand unsere Generalversammlung statt, die einen sehr guten Besuch aufzuweisen hatte. Anwesend waren 180 Kollegen. Die Versammlung beschäftigte sich ausschließlich mit Ortsangelegenheiten sowie mit Wahlen des Vorstandes und dessen Entschädigung. Gleich zu Beginn der Versammlung, bei Beratung des Ortsstatuts, setzte eine sehr rege Diskussion ein, die bis zum Schluß der Versammlung anhält. Es ging dabei mitunter ziemlich stürmisch zu. Die größte Zeit beanspruchte der Jahresbericht, den Vorsitzender E. Scholz gab. Er behandelte hauptsächlich die allgemeine wirtschaftliche und berufliche Lage und ihre Folgeerscheinungen, nicht nur im Ort und Bezirk, sondern auch im ganzen Berufsgebiet. Ein besonderes Kapitel war der Arbeitslosigkeit und der dadurch bis zum äußersten entstehenden Belastung der Ortskasse gewidmet. Infolgedessen sah sich der Vorstand genötigt, das Statutum zu kürzen, um nicht die Ortskasse aufblähen zu lassen. Für ausgefeuerte Durchreisende beträgt das Statutum nunmehr 1,50 M. und für Bezugsberechtigte 50 Pf. Außer den Durchreisenden ist auch noch eine hohe Zahl von arbeitslosen Kollegen zu unterstützen. Der Jahresbericht wurde beifällig aufgenommen. Anschließend daran gab Ortsleiterführer Klose einen ausführlichen Bericht über die Arbeit, die in der Lehrkassenabteilung geleistet worden ist, und wie schwer es mitunter ist, die Lehrkassen zu freien Gewerkschaften zu erziehen. Die Wahl des Vorstandes ergab die Wiederwahl des ersten Vorsitzenden E. Scholz und des Kassierers Hartmann. Auch der Ortsleiterführer wurde wiedergewählt. Der Ortsbeitrag wurde auf der alten Höhe belassen, ebenso die Remuneration und Entschädigung für Vorstandsmitglieder. Für arbeitslose Kollegen, die an der Versammlung teilnehmen, wurden 1,50 M. bewilligt. Anschließend daran gab der Kassierer einen Bericht über die Auszahlung der Unterstützungen an ausgetretene ortsanfällige Kollegen, für die die in Arbeit stehenden Kollegen 1/2 Proz. ihres Bruttolohnes als Extrabeitrag abzuführen. Ein besonderes Kapitel bildete der Ausschlußantrag gegen drei Kollegen, die der M.D.V. angehören und bei jeder Gelegenheit ein gewerkschaftsfeindliches Verhalten an den Tag legen. Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen und an den Gewerkschaft weitergeleitet. Nachdem der Kassierer noch genaue Mitteilungen über die Berechnung des ersten Verbandsbeitrags für die Unterlasser erlassen hatte und noch einige kleinere Angelegenheiten erledigt und zur Sprache gebracht wurden, fand die Versammlung ihren Abschluß.

Wiesbaden. (Vierteiljahrsbericht.) Am 19. Oktober fand hier unser Herbstgeneralversammlung statt. Die Berichte aus den Bezirksorten Lützel und Schönberg zeigten daselbst traurige Bild in bezug auf Beschäftigungsmöglichkeit wie anderwärts. Aus Gewerkschaften konnte jedoch über guten Beschäftigung berichtet werden. Während früher meist junge Kollegen von der Arbeitslosigkeit betroffen wurden, hat sich das Bild infolgedessen geändert, als auch ältere Kollegen Opfer einer verfehlten Wirtschaftspolitik wurden. Den Kollegen, namentlich den jungen, wird aus Herz gelegt, während der Arbeitslosigkeit jede sich bietende Gelegenheit zur Weiterbildung zu ergreifen. Ein Referat des Kollegen Barth über

„Die Gegenwartsaufgaben der freien Gewerkschaften" vermittelte unseren sonst guten Veranlassungsbesuch noch beträchtlich zu steigern. Der starke Beifall bewies, daß der Referent allen Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte. In der sich anschließenden Versammlung des Ortsvereins Lübeck wurden Maßnahmen zur Linderung der Not erwerbsloser Kollegen beraten und beschlossen. Ein Antrag des Vorstandes, von allen in voller Arbeit stehenden Kollegen bis Jahresende einen wöchentlichen Extrabeitrag von 50 Pf. zu erheben, fand einstimmige Annahme. Ein weiterer, einstimmig gefasster Beschluß macht es allen Kollegen zur Pflicht, Überstunden zu vermeiden und unter keinen Umständen die gesetzliche Arbeitszeit zu überschreiten. — Die Versammlung am 14. November nahm die Abrechnung über Verbands- und Ortskasse vom dritten Quartal entgegen. Die Zahl der Arbeitslosen ist noch im Steigen begriffen, von 242 Gehilfen waren 57 arbeitslos. Die Abrechnung der Verbandskasse war ein Bild von den gemaltigen Verpflichtungen der Organisation. Den größten Teil der Beratungsgegenstände nahmen lokale Angelegenheiten in Anspruch. Das Andenken eines verstorbenen Kollegen ehrte die Versammlung in üblicher Weise. — In der Versammlung am 12. Dezember konnte der Vorsitzende die erfreuliche Mitteilung machen, daß für die Weihnachtsgabe für erwerbslose, kranke und invalide Kollegen rund 1000 M. zusammengetragen sind, wovon 900 M. auf Extrabeiträge und 150 M. auf freiwillige Zuwendungen entfallen. Dieser erfreuliche Akt der Solidarität für unsre, von einer sinnlosen Wirtschaftsform aus dem Produktionsprozeß geworfenen Kollegen dürfte in unserm verhältnismäßig kleinen Berufsgebiet allgemein befruchtend sein. — Die in einer früheren Versammlung gefasste Entschlieung zur restlosen Einbindung der Überstunden treibt sonderbare Blüten. Die größte Druckerei am Ort glaubte diesem damit begegnen zu können, daß sie einzelnen Kollegen die Arbeitszeit zu verschieben versuchte. Eine andere Druckerei glaubte die Zeit richtig erfährt zu haben, indem sie einige Wochen vor Beginn der Lohnratifizierungsarbeiten dem Personal die an sich geringen Überminderbeiträge und bei Ablehnung gleich das Arbeitsverhältnis kündigte. Durch die Einigkeit der Kollegen im Zusammenwirken mit der Organisation fiel dieser Anschlag ins Wasser. Arbeitsvermittlung und sonstige dringliche Angelegenheiten bildeten den Rest der Tagesordnung. — In der Versammlung am 22. Dezember erstattete Vorsitzender Bummert ein Bericht über die Lohnverhandlungen und die Gewerkschafterkonferenz. Die dort gefassten Beschlüsse wurden gutgeheißen.

Mainz. Unsere Bezirksversammlung am 21. Dezember hatte sich eines guten Besuchs zu erfreuen, bestimmt ein Ausdruck des Verständnisses für unsre gegenwärtigen gewerkschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Mit einer inneren Neugotung und großer Aufmerksamkeit nahm die Versammlung ein Referat des Bezirksvorsitzenden Wehrlich über die Bezirksleiterkonferenz des Gauwes Mittelfranken entgegen. Er betonte eingangs seiner Ausführungen, daß die lange Tagungsdauer der Konferenz ihre Wichtigkeit bewiesen habe. Dann ließ er die Taktik unserer Prinzipale Revue passieren und stellte die Forderungen unsrer Unterhändler dem gegenüber, die bestimmt auf die unparteiischen Schlichter nicht ohne Einbruch blieben. Wenn andererseits höhere Gewerkschaften mit Spannung dem Ausgang unsrer Verhandlungen entgegensehen, bedingt durch die bisher gefällten Lohnabbauschiedsrichte, so müsse dies für uns erneut Anlaß sein, als geeignete Gewerkschaftler den Beweis zu erbringen, daß in uns das Verständnis für das Millionenheer Arbeitsloser voll gereift sei. Die Preisentscheidung werde durch die deutsche Presse in alle Gauen als notwendig hinausposaunt. Die deutschen Zeitungsverleger wollen aber ihrerseits an ihren Inseratenpreisen unbedingt festhalten. Die bis zum 2. Februar 1931 gewährte Frist bringt Hoffentlich die Unternehmlichkeit von dem abjurden Gedanken des Lohnabbaues ab. Die Maßnahmen der Gewerkschafterkonferenz zur Linderung der Arbeitslosigkeit in Form von gestaffelten Extrabeiträgen wurden mit Genugtuung zur Kenntnis genommen. Die darauf einsehende Aussprache war eine sachliche. Die Tätigkeit unsrer Führer bei den Tarifverhandlungen fand Lobende Anerkennung, ebenso wurde die Staffellung der zu leistenden Extrabeiträge gutgeheißen. Das Ergebnis der Aussprache zeigte die einstimmige Annahme folgender Entschlieung: „Die am 22. Dezember im Goldenen Pfuhl tagende Bezirksversammlung stellt sich geschlossen hinter die Forderungen unsrer Vertreter bezüglich des Arbeitslosenproblems und anerkennt die Taktik, welche die proogeneren Lohnabbauforderungen der Prinzipalität zu Fall brachte." Daß der deutsche Kundpunkt in seinen sogenannten Werbesongentzen als starker Konkurrent auftritt, wurde von einem Redner als Folge verfehrter Gewerkepolitik der Zeitungsverleger bezeichnet. Nach Erledigung einiger tariflicher Fragen hatte die Versammlung ihr Ende erreicht.

Mainz. (Drucker. — Vierteljahrsbericht.) In unsrer gut besuchten Oktoberversammlung besprach nach Erledigung zweier Neuaufnahmen und des geschäftlichen Teiles Vorsitzender Bitter das Winterprogramm 1930/31, das von der Versammlung einstimmig angenommen wurde. Dem Punkt „Technisches" wurde besondere Aufmerksamkeit gesollt. Kollege Bitter sprach dann noch über „Ein Riesen-Werkschaden", hergestellt aus einer „Mantel"-Zweitnormmaschine, ferner besprach Kollege Ziegler das Normalfarbennusterbuch von der Farbenfabrik Hoffmann & Steingber. Hier setzte eine sehr rege Diskussion ein, in der zum Ausdruck kam, daß die Kollegen in den meisten Druckereien mit schlechtem Material zu arbeiten haben. Wenn sie die Aufträge noch nicht richtig in Händen haben, heißt es schon „Gilt sich", did unterstrichen, und dann wird noch verlangt, Qualitätsarbeiten herzustellen. — Im November fand eine Wanderversammlung für Darmstadt, Wiesbaden und Mainz in Darmstadt statt, die gut besucht war. — Am 22. November fand unsre erste Diskussionsabend statt. Nach Erledigung des ersten Teiles referierte Kollege Stutenbäumchen (Mannheim) über Ursachen und Beseitigung der sich täglich in den Betrieben ergebenden Reibungsflächen zwischen Maschinenführern und Druckern". Das mit großem Interesse von der Versammlung angenommene Referat löste eine lebhaft Diskussion aus, in der der Wille zu einer kollektiveren Zusammenarbeit der beiden Sparten in der tätigen Praxis zum Ausdruck kam. Die Versammlung vollzog auch noch den Anschluß der Stereotypvereinerung Mainz an die Druckervereinigung.

Meschede. In unsrer Generalversammlung am 3. Januar gab Vorsitzender Wranitz den Jahresbericht. Der Mittelberbestand verringerte sich im vergangenen Jahr von 117 auf 112 Kollegen. Unsrer Gesangsabteilung konnte im November auf ihr einjähriges Bestehen zurückblicken. Den erwerbslosen Kollegen (15) wurde zu Weihnachten ein Geschenk von je 10 M. überreicht. Der Verbandsbesuch ist als gut zu bezeichnen. Bei der Vorstandswahl wurde der alte Vorstand wiedergewählt.

München. (Handsetzer. — Vierteljahrsbericht.) Unsrer Versammlung am 6. Oktober beschäftigte sich nach Bekanntgabe einiger geschäftlicher Mitteilungen in der Hauptsache mit der immer mehr fortschreitenden Arbeitslosigkeit der Handsetzer. Zu ihrer Befähigung wurden von der Vorstandschaft der Versammlung Vorschläge unterbreitet, die eine ausgiebige Beschäftigung fanden. Hierbei wurde beschlossen, an die Behörden (Staat und Gemeinde) heranzutreten, um gewisse Arbeiten im Handhab herstellen zu lassen. Weiter soll in bezug auf den Materialaustausch an die interessierten größeren Geschäfte herangetreten werden, um diese die Handsetzer so sehr schädigende Maßnahme zu unterbinden. Ferner wurde beschlossen, für die Feststellung des heutigen Arbeitsbuches in einer besonderen Versammlung mit den hierfür in Betracht kommenden Firmen eine Aussprache herbeizuführen. Die Aufstellung einer Rechnerkommission wurde der nächsten Versammlung überwiehen. — In der Versammlung am 6. Dezember konnte nach einigen geschäftlichen Mitteilungen Vorsitzender Kumpol über die in der letzten Versammlung erzwungenen Schritte zur Befähigung der Arbeitslosigkeit der Handsetzer berichten. Nach Aussprache mit den in Betracht kommenden Stellen sei lediglich in der Herstellung des stenographischen Landtagsberichts eine Zusage erreicht worden, diesen wieder in Handhab herstellen zu lassen. In bezug auf den Materialaustausch sei bis jetzt leider ein Erfolg nicht zu verzeichnen. Der nächste Punkt brachte der gut besuchten Versammlung einen interessanten Vortrag von Herrn Hirsch (Chef vom Dienst der „M. N. W.") über „Augenbildnis von meiner Amerikareise (Ocean-Neu York-Washington)". In etwa anerkennendstündigen Ausführungen schilderte der Vortragende die Eindrücke seiner Amerikareise, sowohl der Überfahrt selbst, wie des in Neu York und Washington Gesehenen. Von besonderem Interesse waren für uns Handsetzer seine Ausführungen in bezug auf die Herstellung der größten Tageszeitungen, wobei er die Feststellung machen konnte, daß von einer Arbeit im Handhab kaum etwas zu sein sei, und die in den Kleindruckbetrieben Beschäftigten lediglich als Arbeiter des Maschinenzuges angepreßelt werden könnten. Was die Löhne anbetraf, so seien diese allerdings besser als bei uns in Deutschland, doch sei er über die sozialen Einrichtungen tief enttäuscht. Lediglich für Sport werde vieles geboten, um der aufreißenden Tätigkeit in diesem „Edorado der Technik" die notwendige Widerstandskraft zu geben. Die Ausführungen fanden allgemeinen Beifall, und Kollege Kumpol sprach hierauf im Namen der Versammlung dem Referenten den Dank aus. Unter „Beschließendem" fanden noch einige Anwesen ihre Erledigung, ebenso wurde ein Antrag, den anfragen der arbeitslosen Kollegen unsrer Sparte 2 M. zu bewilligen, angenommen.

Köln. (Maschinensetzer. — Halbjahrsbericht.) Unsrer Vereinsleben gekaltete sich in der Berichtszeit außerordentlich reger. In der Zukunftsversammlung sprach Kollege Algenstedt über „Technisches im allgemeinen". Er führte der Versammlung vor Augen, wie aus kleinen Versuchen wurde mancherlei Rückschlüsse sich eine so hohe Technik entwickeln konnte. — Die Augustversammlung beschäftigte sich mit dem „Mitteilungsblatt" der Zentralkommission betreffs Lohnabbauperjuder der Unternehmer. Die Kollegen waren sich darüber einig, keinen Ffennig von ihrem erkämpften Lohn abzugeben. Kollege Hoffmann beschäftigte sich dann noch in einem Vortrag mit der Handhabung des Feilens und gewann das Interesse der ganzen Versammlung. — Zum sechsjährigen Bestehen der Gewerkschaften Westfalen-Lübbeck in Schwerin wurden in der Septemberversammlung neun Kollegen delegiert. Kollege Böhm behandelte in einem Vortrag den Artikel im „Gruppischen Betrieb", „Wahrheiten". — Die Technische Kommission schlug in der Oktoberversammlung das Winterarbeitsprogramm vor, das von der Versammlung gutgeheißen wurde. Es sollen technische Demonstrationen in verschiedenen Betrieben erfolgen. Ein Vortrag über das Auge soll von einem Spezialarzt in der Januarversammlung gehalten werden. — Ein für die Novemberversammlung vorgesehener Vortrag, „Die niederdeutsche Sprache" fiel wegen Nichternehmens des Referenten aus. — Die Versammlung im Dezember beschäftigte sich eingehend mit den bevorstehenden Lohnverhandlungen. Vorsitzender Hoffmann gab bekannt, daß die Reklamatur der Wertgehälter eingetroffen sei und tief zu einer regen Beteiligung zur technischen Demonstration daran auf.

Schweidnich (Schief). Unsrer Generalversammlung am 4. Januar war außerordentlich gut besucht und nahm einen recht interessanten Verlauf. Jahresbericht und Jahresbericht gaben so recht ein Spiegelbild von der Unpunkt des vergangenen Jahres, die viele Kollegen aus dem Arbeitsprozeß ausschloß. Die Arbeitslosigkeit ist am besten Ort seit langem unverhältnismäßig hoch. Unter dieser Ungunst der Verhältnisse leidet auch die Feier des 25jährigen Stichtungsfestes, das der Druckerzeit im Laufe der nächsten Wochen begehen kann. Bestand anfänglich die Absicht, das Fest in großem Rahmen zu begehen, so mußte der Gedanke zwanigschlüssig aufgegeben werden, trotzdem gerade hier die beiden Zweck in größerer Fonds aufgesammelt worden ist. So wird das Fest im engsten Kollegenkreis begangen und von jederlei Einladungen abgesehen werden. Den Rahmen für das Fest legte die Generalversammlung fest. Die Vorstandswahl ergab Wiederwahl des bisherigen Vorstandes. Die Versammlung beschloß im weitem, anfänglich der Feier des 25jährigen Stichtungsfestes eine Ehrung der Verbandsjubilare mit 25jähriger Mitgliedschaft vorzunehmen. Die Ehrung wird auch für die Folge zu einem noch zu bestimmenden Zeitpunkt vorgenommen werden. Die Versammlung sahte nach einer kurzen Erörterung der Lage im Buchdruckgewerbe folgende Entschlieung, die dem Verbandsvorstand überhandt wurde: „Der mit dem Notprogramm des Kabinetts Brünning in Verbindung stehenden Lohnabbaupolitik, die auf angeblichen Preis-

abbau sich stützt und auch in unserm Gewerbe sich für die Gehilfenchaft unheilvoll auszuwirken droht, wird von der Generalversammlung des Ortsvereins Schweidnitz der härteste Kampf angefaßt. Die erst kürzlich eingetretenen Verschlechterungen der sozialen Fürsorge, die Erhöhungen der Steuerlasten, Mieterhöhungen usw. rechtfertigen eine Lohnerhöhung, zumal eine Ermäßigung der Lebensnotwendigen Bedarfsartikeln bisher kaum zu verzeichnen ist. Die Generalversammlung erwartet von den Verbandsfunktionären, daß sie mit allen Mitteln den jetzigen Lohnnachteilen entgegenzutreten.

Tilfit. Am 3. Januar fand unsere gut besuchte Generalversammlung statt, in der wir auch unsern Gausortsteher Reisner begrüßen konnten. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, gedachte Vorsitzender Jakobowitz des verstorbenen Kollegen Hof sowie der vielen Arbeitsbrüder, die durch die Bergwerkskatastrophen im vorletzten Jahr ihr Leben einbüßten. Ferner kamen aus dem Gedächtnis die Namen der im Weltkrieg gefallenen Kollegen zur Beselung. Die Anwesenden ehrten die Toten durch Erheben von den Plätzen. Der Vorsitzende berichtete über das verfloßene Geschäftsjahr und schied seinem Bericht einen kurzen Überblick über die allgemeine wirtschaftliche Lage mit der katastrophalen Arbeitslosigkeit voraus, und betonte, daß mit einem Lohnabbau der Wirtschaftstriebe nicht zu rechnen ist, sondern nur mit einer allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit, um die Erwerbslosen wieder in den Arbeitsprozeß einzuführen. Am Schluß seines Berichts sprach Kollege Jakobowitz die Hoffnung aus, daß die bevorstehende Lohnbewegung uns nur noch enger zusammenschließen und festigen wird. Im Anschluß daran berichtete Kollege Reiser über die Lohnverhandlungen und die anschließende Gausortsteherkonferenz. In kurzen Strichen zeichnete er ein anschauliches Bild von dem Gang der dreitägigen Verhandlungen. Mit besonderem Interesse wurden die Mitteilungen über die Gausortsteherkonferenz entgegengenommen. Der gependete Beifall bewies es, daß auch der Ortsverein Tilfit sich geschlossener hinter seine Führer stellt und diese auch für die kommenden Verhandlungen sein Vertrauen beifügt. Kollege Jakobowitz dankte Kollegen Reiser namens der Versammlung für seine Ausführungen. Es folgte Fortsetzung der Tagesordnung. Der Vorstand wurde insgesamt wiedergewählt. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, auch in kommender Zeit die Geschlossenheit zu bewahren und ihren Mann zu stehen. — Im Anschluß an die Generalversammlung fand eine Feier zu Ehren der Verbandsjubiläum statt.

Waldenburg i. Schl. (Bierteljahrsbericht.) In unserer gut besuchten Versammlung im Oktober wurden die Kassenberichte vom Ort und Bezirk entgegengenommen. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles hielt Lehrer Schiller (Gottesberg) einen Lichtbildvortrag über das Thema: „Mit dem grünen Stern zu den Schicksalsfeldern von Arzras“. Vorzüglich wurde das Entsehlige des Krieges in Erinnerung gebracht und der Abscheu vor diesem ausgebrückt. Anschließend beschäftigte man sich mit der Lage auf dem Arbeitsmarkt und den örtlichen Verhältnissen. — In der Novemberversammlung berichtete Bezirksvorsitzender Köchel von der Bezirksvorsitzendenkonferenz in Breslau. Die dort angeregten Maßnahmen hinsichtlich der Kündigung des Lohnzins wurden allgemein gebilligt. An den Bericht schloß sich eine rege Aussprache, die von der Entschlossenheit der Kollegen zeugte. — Im Dezember wurde keine Versammlung abgehalten wegen des überall regen Geschäftsganges. Die Kollegenschaft wurde ermahnt, angesichts der großen Arbeitslosigkeit überstunden möglichst zu vermeiden. Vorbildlich handelte die Druckerei der „Schlesischen Bergwerk“. Wie im Vorjahr, stellte sie zehn Arbeitslose im Dezember zur Aussäße ein und verwirklichte somit einen sozialen Gedanken. An Zinnsaliden und Kollegenwitwen kamen 200 M. als Weihnachtsgabe zur Auszahlung.

Zschopau. Am 22. Dezember abgehaltene Jahreshauptversammlung war ziemlich gut besucht. Der Vorsitzende gab die reichhaltige Tagesordnung bekannt, die von den Kollegen einpruchlos genehmigt wurde. Eine Berichterstattung von der Chemischer Bezirksversammlung über die Tarifverhandlungen wurde von allen Anwesenden beifällig aufgenommen, wobei die Zschopauer Kollegen die Taktik der Verhandlungsführung lobten und auch jederzeit gegen eine Verschlechterung der Belange der Gehilfenchaft energisch Front machen werden. Zum Jahres- und Kassenbericht gab Kollege Kellner einen kurzen Rückblick aufs erste Vereinsjahr. Die Anteilnahme der Kollegen am Verammlungsleben war gering — fast bescheiden. Mit Bedauern stellte er dies fest und drückte dabei den Wunsch aus, daß das neue Jahr darin grundlegend Wandel schaffen möge. Der Gau Chemnitz hatte eine Weihnachtsgeldhilfe für erwerbslose Kollegen ausgeworfen, und zwar für Leibige 10 M. und Verheiratete 20 M. Mit Freude nahm man davon Kenntnis. Kollege Schmidt gab hierauf den Kassenbericht. Dieser wurde in allen Teilen für richtig befunden und dem Kassierer einstimmig Entlassung erteilt. Bei den folgenden Wahlen wurde Kollege Kellner als erster Vorsitzender wiedergewählt. Alle übrigen Ämter blieben ebenfalls in den Händen ihrer bisherigen Inhaber. Nur beim Kassierer trat eine Änderung ein. Kollege Kellner trat zurück, und einmüßig wurde Kollege Wagner als Kassierer gewählt. Dann wurden noch interne Angelegenheiten tariflicher Art erörtert. Im Zukunft sollen die Versammlungen nur vierstündlich stattfinden. Der Ortsbeitrag wurde vorläufig auf ein Jahr von 20 Pf. auf 10 Pf. herabgesetzt.

Allgemeine Rundschau

Konflikt im Berliner „Pauwa“-Betrieb. Vom Betrieb der „Roten Fahne“ in Berlin, der sich neuerdings „City-Druckerei“ nennt, wurde die dort erscheinende „Welt am Abend“ an die Firma Gehring & Keimers als Druckauftrag vergeben. Durch diese Betriebsbeschränkung machten sich im „Pauwa“-Betrieb größere Entlassungen notwendig, weshalb Verhandlungen auf Grund der Stilllegungsverordnung wegen teilweiser Betriebsstilllegung notwendig waren. Hierbei erhielt die Firma die Genehmigung, 60 Personen zu entlassen; wobei sie versuchte, daß sie noch Maschinenfabriken herstellen ließ. Bei diesen Entlassungen ließ die Firma die gesetzlichen Bestimmungen des § 84, 4 BZG. völlig außer Be-

tracht, so daß sich bei verschiedenen Gefündigten die größten Härten ergaben. Die Betroffenen legten ordnungsgemäß Einspruch beim Arbeitgeber ein; dieser prüfte die Einsprüche jedoch erst gar nicht, hielt die Entlassungen für berechtigt und verhandelte auch nicht mit der Firma. Die gefündigten Kollegen waren über dieses Verhalten des Betriebsrates und der Geschäftsleitung sehr empört, zumal sich unter den Gefündigten auch die beiden Vertrauensleute der Maschinenleger befanden. Eine am vorletzten Sonntag abgehaltene Versammlung sämtlicher Maschinenleger dieses Betriebes unter Vorsitz des Vorstandes des Brandenburgischen Maschinenleger-Vereins nahm zu dieser Sachlage Stellung und beschloß, Verhandlungen über Rücknahme der ausgesprochenen Kündigungen zu fordern, und dem § 84, 4 BZG. Rechnung tragen zu können. Diese Forderung wurde der Geschäftsleitung unterbreitet. Verhandlungen von dieser aber abgelehnt; worauf von 18 Maschinenlegern der Frühlings 18 erklärt, nicht eher weiterarbeiten zu wollen, bis die Kündigungen zurückgenommen seien und die Firma sich zu Verhandlungen bereiterekläre. An Stelle der zu erwartenden Verhandlungen wurden diese 18 Maschinenleger strikos entlassen. 13 Maschinenleger der zweiten Schicht erklärten sich mit den Entlassungen solidarisch und nahmen die Arbeit nicht erst auf, so daß 29 Maschinenleger von dieser Bewegung ergriffen sind. Die Firma fand für diese entlassenen Maschinenleger Ersatz aus dem eignen verbliebenen Personal, indem sich Handwerker zum Anlernen an der Maschine bereitanden. Am 16. Januar erschienen in dieser Angelegenheit zwei Artikel in der „Roten Fahne“, in denen in der üblichsten Art die Funktionen untrier Organisation verurteilt und verächtlich wurden, so daß der Berliner Gausortsteher beschloß, nicht eher mit der Firma zu verhandeln, bis sie zu erkennen gibt, daß sie von diesen unehren und verleumdenden Behauptungen abläßt und sie mißbilligt. Wiederholt suchte nun die Geschäftsleitung um Verhandlungen nach, die aber wegen Ablehnung der vom Gausortsteher geforderten Erklärung nicht stattfanden. Festzustellen ist, daß die in den angeführten Artikeln der „Roten Fahne“ aufgestellten Behauptungen, daß die Buchdruckertribüne den Konflikt veranlaßt und unterstützt habe, völlig unwarhaft ist. Wahr dagegen ist, daß der Gausortsteher von niemand am Rat oder Billigung der Aktion befragt wurde, überhaupt ohne jede Kenntnis der Differenz blieb, da sich weder Betriebsvertretung noch Betriebsleitung, zwecks Beilegung an den Berliner Gausortsteher gewandt hat. Nunmehr werden die Verbandsmitglieder der „City-Druckerei“ in einer vom Gausortsteher einberufenen Versammlung erneut zu diesen Dingen Stellung nehmen. In jedem Fall von Konditionsangebot oder Vermittlung für den Berliner „Pauwa“-Betrieb sind Erundigungen beim Gausortsteher in Berlin SO 16, Engel- ufer 24, einzuziehen.

Achtung, Begehlungsleiter! Die örtlichen Erhebungsboegen über die Verammlungen im ersten Halbjahr 1931 sind in diesen Tagen zum Verband gekommen; die blauen Bogen für die Berichterstattung an den Verbandsvorstand und die zuständigen Bezirkssekretariate des DDB. über den gleichen Zeitraum werden den Gausortsteherleitern erst Ende Juni zugestellt. Die örtlichen Erhebungsboegen über das abgelaufene Jahr 1930 waren bis zum 15. Januar an den Gausortsteherleiter einzusenden; soweit dies noch nicht geschehen, muß es sofort nachgeholt werden. Die Gausortsteherleiter haben es Gesamtergebnis aus dem Gau bis zum 15. Februar auf dem vorjährigen blauen Bogen an den Verbandsvorstand einzusenden; die Berichterstattung an die Bezirkssekretariate erfolgt erstmalig im Juli d. J., wie im Rundschreiben Nr. 1 richtig ausgeführt ist.

70. Geburtstag. Am 23. Januar d. J. begeht Kollege Julius Palm in Weimar in erfreulicher Frische und Kräftigkeit seinen 70. Geburtstag. Das organisatorische Wirken seines Vaters Carl Palm, eines bekannten Vorkämpfers der thüringischen Gehilfenchaft und Delegierten zu den geschichtlichen Buchdruckerkongressen in Mainz 1848 und in Berlin 1849, ist auch für den Sohn Ansporn und Leitfaden gewesen. Schon wenige Jahre nach seinem 1881 erfolgten Eintritt in den Verband wurde Julius Palm als Bibliothekar und Revisor in den Vorstand des Ortsvereins Weimar berufen; beide Ämter bekleidete er ein Jahrzehnt hindurch. Dann übertrug man ihm das Orts- und Bezirkskassieramt, das er von 1893 bis 1898 getreulich verlor. Im Jahre 1897 wurde er zum Gausortsteher gewählt. Als dann 1905 die Anstellung eines Gauerwalters notwendig wurde, fiel die Wahl auf Kollegen Palm. Von diesem Posten trat er im Frühjahr 1919 zurück, einer Berufung als Staatsrat in die damalige sachsen-meimarsche Arbeiterregierung folgend. Nach der Verschmelzung der thüringischen Staaten wurde unser Kollege Palm als Regierungsrat in den Verwaltungsdienst Großthüringens übernommen, wo er bis zur Erreichung der Altersgrenze tätig war. Seit dem Jahre 1926 lebt Kollege Palm im wohlverdienten Ruhestand. Der nunmehr Siebzehnjährige man mit berechtigtem Stolz auf eine erfolgreiche Wirksamkeit im Dienste der Arbeiterfrage zurückblicken. Wir Buchdrucker haben ihm ebenso viel zu danken wie die übrige Arbeiterchaft. In tiefer Überzeugungszure wurzeln, ist Kollege Palm klar und zielstrebig, ohne Phantasterei, seinen Weg gegangen, allzeit rücksichtslos tätig für die Organisation und die allgemeine Arbeiterbewegung. Der Aufstieg unfers Verbandes in Thüringen ist zum erheblichen Teil mit sein Verdienst. Wir übermitteln unsern erprobten Mitstreiter und lieben Freunde die herzlichsten Glückwünsche beim Eintritt in das achte Jahrzehnt seines Lebens. Möge ihm und seiner treuen Gefährtin ein jonniger Lebensabend beschelnden sein!

Aussfüllung einer der größten deutschen Bibliotheken. Die früher kaiserlich Stollbergische Bibliothek in Weimergarde, die mit ihren 220 000 Bänden zu den größten Büchsammlungen in Deutschland gehört, steht vor der Auflösung. Verhandlungen schwebten über die Möglichkeit die Bibliothek geschlossen zu halten oder zu verkaufen. Nunmehr ist die Notwendigkeit eingetreten, sie aufzulösen. Das soll jedoch in der Form geschehen, daß einzelne Abteilungen insgesamt verkauft werden. Die vier Jahrzehnte alte Bibliothek umfasst die zweitgrößte deutsche Büchsammlung mit etwa 3500 Bänden. Am wichtigsten sind mit 6250 Bänden die hymnologische Abteilung und mit 1130 die Handschriftenabteilung, deren höchster Schatz das Lohheimer Liederbuch ist. Man hat versucht, dieses herauszunehmen und Deutschland zu erhalten. Keines der in Betracht kommenden In-

stitute war jedoch fähig, die dafür erforderliche Summe aufzubringen.

Künftige Föhne statt Gold. Ein uns bekannter Buchbindermeister in Berlin bewahrt sich vor kurzem um eine Ausschreibung von Buchbinderarbeiten eines Berliner Instituts für Zahn- und Mundheilen (Inhaber Julius Blagatz), worauf er eine gedruckte Postkarte erhielt, durch die ihm Aufträge in Aussicht gestellt werden, wenn er zuvor den Zahndreher in Wohnung sehe. Übrigens richtete das genannte „Institut“ auch an zahlreiche (vielleicht alle) im Berliner Adressbuch aufgeführte Druckereien eine gedruckte Postkarte, mit der es Druckaufträge in Gegenrechnung anbot. Wie wir der „Buchdruckerwoche“ entnehmen, fertigte ein Berliner Buchbindermeister den Abender der Karte mit folgendem Schreiben ab: „Bezüglich Ihrer noch dazu gedruckten Anfrage wegen Lieferung von Druckaufträgen auf Gegenrechnung glaube ich Ihnen schon einmal geschrieben zu haben, daß Sie auf Erteilung Ihrer Aufträge in Gegenrechnung schon warten müßten, bis bei mir ein Defekt an Föhnen eingetreten sein wird. Oder glauben Sie, daß ich mir extra ein paar gelunde Föhne wegen Ihrer gedruckten Anfrage ausbrechen lasse, nur um Ihre kostbaren Zergewandnisse zu erhalten? — Der Drucker der Ihnen die Anfrage gedruckt hat, müßte auf dem Wotsdamer oder Wittenbergplatz öffentlich ausgestellt werden. — Im übrigen würde ich mich bei eintretendem Bedarf eines richtiggehenden Zahnarztes und nicht Ihres „Instituts“ bedienen, worauf Sie sich verlassen können.“

Preisbauverordnung für Markenartikel. Von der Reichsregierung wurde neuerdings eine Verordnung über die Preisbindungen bei Markenartikeln erlassen. Danach sollen die von den Kartellen dem Zwischenhändler auferlegten Preisbindungen dann hinsichtlich sein, wenn der Warenpreis gegenüber dem am 1. Juli 1930 geltenden Preis nicht um mindestens 10 Proz. ermäßigt ist. Erzeuger, Großhändler und Einzelhändler müssen nach der Verordnung binnen kürzester Zeit sich in gegenseitigen Zusammenwirken über den geforderten Preisbau verständigen, wenn sie den Verlust des Rechtschutzes für die Preisbindung vermeiden wollen. Als Preisermäßigung gilt es nach der Verordnung auch, wenn unter Beibehaltung des am 1. Juli geltenden Nominalpreises eine entsprechend größere Warenmenge geliefert wird. Dagegen läßt die Verordnung eine Preisherabsetzung unter gleichzeitiger Verschlechterung der Qualität oder Verringerung der Menge nicht als Preisermäßigung gelten. Die Markenartikel, die unter die Verordnung fallen, werden öffentlich bekanntgegeben. Selbst wenn die neue Staatsaktion für den Preisbau den erwarteten Erfolg haben sollte, was sehr zu bezweifeln ist, würde der breiten Masse des Volkes mit dem Abbau von Markenartikeln (z. B. Ddol, Schokoladen, Pyramiden und ähnlichen Präparaten) verdammt wenig geholfen sein. Auf den Kauf beratiger Luxusartikel hat die erwerbstätige Bevölkerung schon längst notgedrungen verzichtet müssen.

Zur Frage der Doppelverdiener. Wie erst jetzt durch Zeitungsmeldungen bekannt wird, hat der Reichsarbeitsminister am 22. Dezember v. J. in einem Schreiben an die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in Berlin zur Frage der Doppelverdiener wie folgt Stellung genommen: „In letzter Zeit häufen sich in der Öffentlichkeit wiederum die Klagen über die sogenannten Doppelverdiener, auf die ich Ihre Aufmerksamkeit bereits mit meinem Schreiben vom 24. September 1928 — IV. 11 905/26 — („Reichsarbeitsblatt“ S. 327) gelenkt habe. Ich erkenne gern an, daß sich in den letzten Jahren die Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer wiederholt mit dieser Angelegenheit beschäftigt haben und daß in einer Reihe von Einzelfällen Abhilfe geschaffen wurde. Auch die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat seinerzeit auf meine Veranlassung bereits die Arbeitsämter angewiesen, im Rahmen der Vermittlungsgrundsätze des § 58 Absatz 1 ABVA. bei der Vermittlung von Arbeituchenden einen etwaigen Doppelverdienst zu berücksichtigen. Gleichwohl kann ich die noch immer lautwerdenden Klagen über die Beschäftigung von Doppelverdienern nicht als unberechtigt ansehen; ich weise jedoch darauf hin, daß auch dem Reichstag Anträge vorliegen, die sich mit der Angelegenheit beschäftigen, und daß der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung kürzlich in einer Entschliefung gefordert hat, daß die Mißstände auf dem Gebiet des Doppelverdienstes beseitigt werden müssen. Allerdings läßt sich nach der Auffassung des Vorstandes der Reichsanstalt eine allgemein gültige Begriffsbestimmung des „Doppelverdienstes“, die alle in Betracht kommenden Lebensverhältnisse erschöpfend erfaßt, nicht finden; im Einzelfall dürfte aber die Feststellung kaum Schwierigkeiten bereiten, ob der Doppelverdienst mit Rücksicht auf die Arbeitsmarktfrage vertreten werden kann. Ich richte daher erneut die dringende Bitte an Sie, der Frage der Doppelverdiener Ihre besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Ich bitte ferner, entsprechend der Fügung Ihrer Vertreter in der Sitzung des Vorstandes der Reichsanstalt am 4. Dezember 1930 auf die Ihnen angefallenen Verbände dahin einzuwirken, daß — soweit nicht im Einzelfall besondere Härten entstehen — bei Entlassungen in erster Linie die sogenannten „Doppelverdiener“ ausgeschieden und daß keine Doppelverdiener neu eingestellt werden, solange unter den Arbeitslosen geeignete andere Arbeitskräfte verfügbar sind.“ Dieses Schreiben ist auch den obersten Sozialbehörden der Länder, der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft und andern amtlichen Stellen zur Kenntnisnahme und Beachtung zugegangen.

Einschränkung der Zulassung ausländischer Arbeitskräfte. Das Kontingent ausländischer Wanderarbeiter soll endlich einen kräftigen Abbau erfahren. Wie gemeldet wird, haben sich Reichs- und preussische Behörden in Verhandlungen, an denen auch die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung beteiligt war, dahin geeinigt, das Kontingent um etwa die Hälfte zu kürzen. Das bisherige Kontingent bezifferte sich auf rund 100 000 Personen. Es ist allerdings die höchste Zeit zu einer betriebligen Maßnahme.

Zum Schicksal jugendlicher Arbeitsloser. Am zu vermelden, daß bei längerer Arbeitslosigkeit die Jugendlichen in ihrem Willen zu regelmäßiger Tätigkeit geschwächt, in ihrer Arbeitsfähigkeit beeinträchtigt und schließlich körperlich, geistig und sittlich gefährdet werden, haben das Reichsarbeitsministerium und die Reichsanstalt für Arbeitsver-

